

Berner Wahlen 2010 – eine Bilanz

Text: Blaise Kropf

Vom Vorstand *Grüne Kanton Bern* am 12. April 2010 zur Kenntnis genommen

Die herausragenden Aspekte der kantonalen Wahlen vom 28. März sind die Verteidigung der grün-roten Regierungsmehrheit und die schmerzhaften Verluste bei den Grossratswahlen. Die Enttäuschung über das ungenügende Ergebnis bei den Parlamentswahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um das zweitbeste Ergebnis der Grünen bei Grossratswahlen seit 20 Jahren handelt. Die wichtigste Lehre, die es aus den Wahlen mitzunehmen gilt, ist die Notwendigkeit einer guten Mobilisierung; Wahl- und Abstimmungserfolge gibt es auch für uns Grüne nicht (mehr) zum Nulltarif. Die politische Agenda der nächsten zwei Jahre bietet uns die Möglichkeit, diese Erkenntnisse direkt auf unseren grünen Kernanliegen anzuwenden. Wenn dies gelingt, dann könnten sich die Wahlen 2010 als ideales Sprungbrett für neue Erfolge bei den Nationalratswahlen 2011 erweisen.

1. Regierungsratswahlen

Die Verteidigung der grün-roten Regierungsmehrheit ist – auch wenn dies heute von verschiedener Seite in den Raum gestellt wird – keine Selbstverständlichkeit. Der Kanton Bern ist nach wie vor ein sehr bürgerlicher Kanton. SP und Grüne erreichen zusammen einen Wähleranteil von 29%; umgekehrt verfügen SVP, BDP und FDP zusammen über einen Wähleranteil von 53%; zusammen mit der Kleinpartei EDU und dem Reststimmenanteil der SD ergibt sich für die bürgerlichen Rechtsparteien ein Stimmenanteil von rund 60%.¹

Angesichts dieser Ausgangslage ist offensichtlich, dass die Verteidigung der grün-roten Regierungsmehrheit keine Selbstverständlichkeit ist. Ein solches Unterfangen ist im Übrigen bisher in keinem anderen Flächenkanton der deutschen Schweiz gelungen. Für die Verteidigung der grün-roten Regierungsmehrheit waren drei Faktoren von zentraler Bedeutung: Erstens die kompetente, mehrheitsfähige Arbeit der Regierungsmitglieder von Grünen und SP, zweitens eine anschlussfähige und mobilisierende Kampagne und drittens das Ausbleiben grösserer Fehler während der Wahlkampagne.

Die gemeinsame Regierungsratswahlkampagne von SP und Grünen hat dies ermöglicht. Es ist gelungen, ein Streichkonzert zwischen SP und Grünen zu verhindern, was angesichts des Risikos einer Abwahl alles andere als selbstverständlich ist. Die Kampagne hat zudem klar die Regierungsräte und ihren Leistungsausweis („sichere Werte im Regierungsrat“, „4 gewinnt“) und nicht die politischen Parteien in den Vordergrund gestellt. Angesichts der politischen Stärkenverhältnisse im Kanton Bern war dieser Entscheid richtig.

¹ In der **Legislatur 2006–2010** verfügten SVP/FDP über einen Stimmenanteil von 43,8%. SP/Grüne kamen auf einen Anteil von 36,9% (gemeinsam mit der EVP betrug der Anteil 44,2%). In der **Legislatur 2002–2006** betrug der Anteil von SVP/FDP 49,3% und jener von SP/Grünen 35,6%. In der **Legislatur 1998–2002** betrug der Anteil von SVP/FDP 49,7% und jener von SP/Grünen 33%. Die Zahlen zeigen auf, dass SVP/FDP immer nahe an einem Stimmenanteil von 50% waren (mit Ausnahme von 2006–2010). Mit der Abspaltung der BDP ist es vorerst gelungen, diesen Anteil auf über 50% zu steigern, wobei diese Stärkung mit einer Schwächung von SP/Grünen einhergeht.

Wir tun als Grüne gut daran, diesen grossen Wahlerfolg – welcher für uns durch das sensationelle Ergebnis von Bernhard Pulver, der auf jedem zweiten Wahlzettel aufgeführt war, noch zusätzlich aufgewertet wird – entsprechend zu würdigen, und nicht einfach als Selbstverständlichkeit abzutun.

2. Grossratswahlen

Bei den Grossratswahlen mussten die Grünen einen Rückgang des Wähleranteils von 12.9% auf 10.1% hinnehmen, was zu einem Verlust von 3 der bisher 19 Mandate im Grossen Rat führte. Bei aller Enttäuschung über die Mandatsverluste gilt es das Wahlergebnis im längerfristigen Trend richtig einzuordnen. Das Ergebnis der Grossratswahlen 2010 ist immerhin das **zweitbeste Ergebnis**, welches die Grünen in den letzten zwanzig

	Stimmenanteil	Mandate
1990	9.6%	15
1994	7.8%	15
1998	6.6%	14
2002	9.2%	15
2006	12.9%	19
2010	10.1%	16

Jahren bei Grossratswahlen im Kanton Bern je erreicht haben. Wir Grüne verfügen weiterhin über mehr Grossratsmandate, als wir zwischen 1990 und 2006 im 200-köpfigen Grossen Rat inne hatten.

Sodann ist auch auf die **spezifischen Verhältnisse der Wahlen 2010** hinzuweisen. Bei den Wahlen haben nicht einfach „die Grünen“ verloren, sondern systematisch alle etablierten Parteien mit Ausnahme der SVP. Medial wurden angesichts der Verluste beim Wähleranteil zu Recht die FDP (mit einem Minus von 6,1 Prozentpunkten) und die SP (mit einem Minus von 5,1 Prozentpunkten) als die grossen Verlierer der Berner Wahlen bezeichnet. Daneben musste aber auch die EVP – auf einem deutlich tieferen Level – einen Wähleranteilsverlust von 1,4 Prozentpunkten hinnehmen. In Sitzen ausgedrückt: Die FDP verlor 9, die SP 7, EVP und Grüne je 3 und kleine Diverse (SD, EDU, CVP) ebenfalls 3 Sitze. Zugelegt haben allein die neugegründeten BDP und GLP sowie die SVP. **Wir müssen aufpassen, uns nicht selber zu den grossen Wahlverlierern zu reden.**

Der Umstand, dass allein drei Parteien – allen voran SVP und BDP – ihre Stimmzahl und ihren Wähleranteil zu steigern vermochten, während alle anderen registrierten zwölf Gruppierungen Verluste hinzunehmen hatten, ist primär mit der **exzellenten Mobilisierung durch SVP und BDP** zu erklären. Hier vermochte keine andere Partei auch nur ansatzweise Schritt zu halten. Die GLP wiederum profitierte weiterhin stark vom **Bonus des Neuen** und von **erheblicher medialer Unterstützung**.

Vergleiche zwischen den einzelnen

Wahlkreisen sind schwierig, da die Wahlkreisgrenzen verschoben wurden, die Zahl der Mandate geändert hat und die Parteienlandschaft erheblich umgebaut wurde (Abspaltung BDP von SVP, Neugründung GLP). Gleichwohl zeigt die nebenstehende Tabelle, dass mit Ausnahme des unveränderten Wahlkreises *Jura Bernois* und der Liste *Grünes Bündnis* in der Stadt Bern die Grünen ihren Wähleranteil nirgends

Wahlkreis	Anteil 2010	Anteil 2006
Jura Bernois	8.7	7.6
Biel Seeland	8.4	13.3
Oberaargau	5.1	8.0
Emmental	7.1	9.3
Mittelland Nord	9.1	12.5
Bern GB	13.3	12.2
Bern GFL	11.0	17.5
Mittelland Süd	10.0	12.5
Thun	8.2	12.6
Oberland	5.4	8.2

verbessern konnten, sondern überall Einbussen in Kauf nehmen mussten. Das gute Ergebnis der Grünen im *Jura Bernois* bestätigt aber, dass für die Grünen auch in ländlich dominierten Regionen ein

Stimmenanteil von annähernd 10% realistisch ist. Die Verbesserung ist verdienter **Lohn für die in den letzten Jahren geleistete Aufbauarbeit**.

Angesichts der beschränkten Aussagekraft des Vergleichs der Wahlbezirke lohnt sich ein Blick auf die Gemeindeebene. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass in einigen Gemeinden die Mobilisierung ein primäres Problem war. Obwohl die Zahl der Wähler/innen in Zollikofen gehalten werden konnte, resultierte ein Verlust beim Stimmenanteil. In **Burgdorf gab es 2010 mehr „fiktive“ Wähler/innen²** als 2006 – aber gleichwohl sank der Stimmenanteil um 2,0 Prozentpunkte; hier ist es nicht gelungen, von der um 3 Prozentpunkte höheren Stimmbeteiligung zu profitieren. Einen moderaten **Ausbau des Stimmenanteils gab es u.a. auch in Langnau und Moutier**, wobei der Zuwachs in Moutier bei rückgängiger Stimmbeteiligung zustande kam.

Neben diesen positiven Aspekten gibt es aber auch besorgniserregende Punkte. Dies gilt namentlich für die Tatsache, dass die Grünen **in grösseren Gemeinden besonders schmerzhaft Verluste** hinnehmen mussten. In **Biel** (zweitgrösste Gemeinde) gingen 7,1 Prozentpunkte verloren, in **Spiez** (zehntgrösste Gemeinde) 5,6%, in **Bern** (grösste Gemeinde) 5,4% (allerdings auf einem sehr hohen Niveau), in **Unterseen** 5,0%, in **Thun** (drittgrösste Gemeinde) 4,5%. In Biel erfolgte der Anteilsverlust bei einer nahezu stabilen Stimmbeteiligung, d.h. die Grünen verloren rund einen Drittel ihrer „fiktiven“ Wähler/innen gegenüber den Wahlen 2006.³ In Interlaken verloren die Grünen rund die Hälfte der fiktiven Wähler; allerdings ging in Interlaken die Stimmbeteiligung um über 9 Prozentpunkte zurück, was einen Teil der Verluste erklärt.⁴ In Spiez betragen die Verluste an Wähler/innen rund 35% der Gesamtheit der Wähler/innen von 2006, und in Thun sind es rund 26%.

Gemeinde	Stimmenanteil 2010 in %	Veränderung Stimmenanteil (%-Punkte, gegenüber 2006)	Veränderung „fiktive“ Wähler (absolut, gegenüber 2006)	Veränderung „fiktive“ Wähler (in Prozent der Wähler 2006)
Bern (GB)	13.3	1.10	342	10
Bern (GFL)	11.0	-6.50	-1752	-36
Biel	14.2	-7.10	-519	-33
Thun	10.2	-4.50	-305	-26
Köniz	12.1	-2.80	-190	-15
Steffisburg	7.4	-3.40	-66	-19
Burgdorf	12.9	-2.00	12	3
Ostermundigen	7.6	-3.00	-82	-31
Langenthal	7.0	-1.20	-40	-15

² „Fiktiver“ Wähler = Parteistimmen geteilt durch die Anzahl Mandate des Wahlkreises.

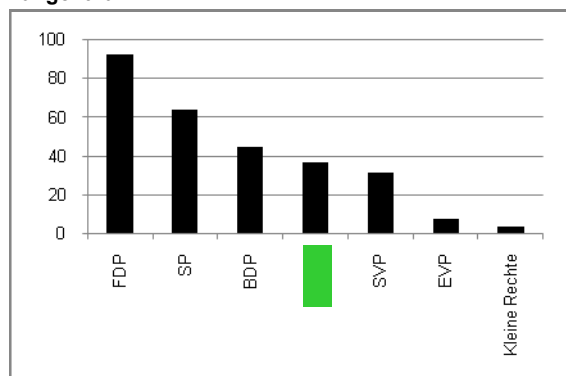
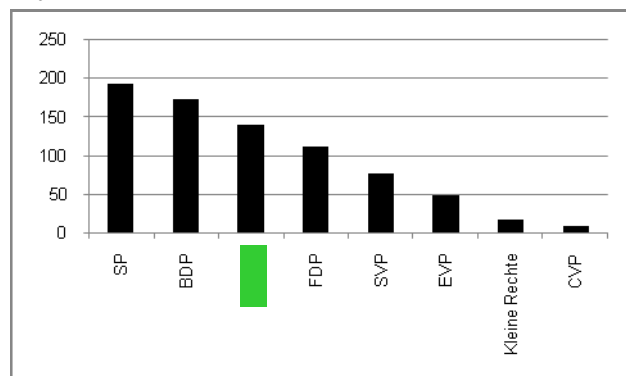
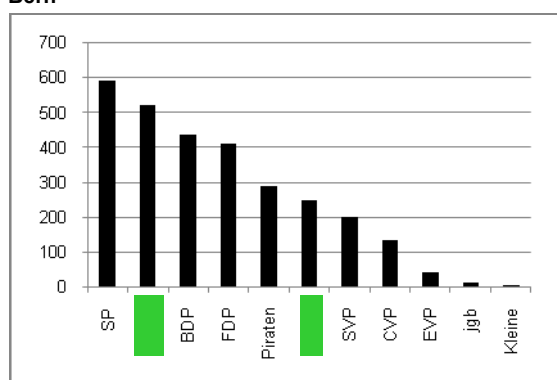
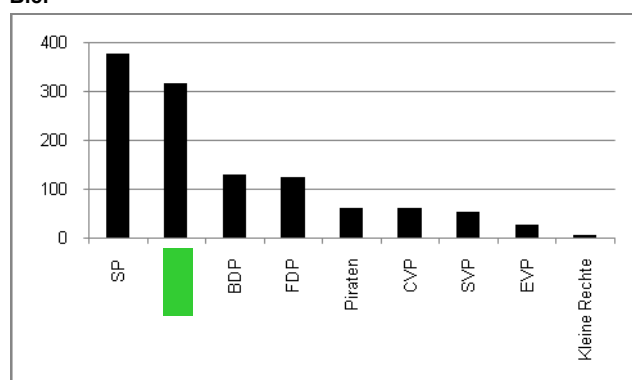
³ In Biel ergeben sich einige bemerkenswerte Abweichungen zu den übrigen Wahlergebnissen. Erstens hat hier die SVP ihren Stimmenanteil nicht nur gehalten, sondern massiv ausgebaut. Noch mehr (neue) Wähler/innen zu gewinnen als die SVP vermochten nur BDP und GLP. Die grössten Verluste mussten in Biel die kleinen Rechtsparteien hinnehmen. Anschliessend kommen die Grünen, welche gegenüber 2006 ca. 33% der Wähler/innen verlieren. Geringer sind die Verluste bei SP (-9%) und bei der FDP (-22%). Zu beachten ist, dass der Wähleranteil im 2006 mit 21.3% für Biel sehr hoch war und dass beide im 2006 gewählten Grossräte nur ein Jahr vor den diesjährigen Wahlen zurücktraten.

⁴ In Interlaken verloren alle Parteien mit Ausnahme der BDP und der GLP „fiktive“ Wähler/innen. Berechnet man die Verluste an fiktiven Wähler/innen in % der Wähler/innen von 2006, so betragen die Verluste bei den diversen kleinen Rechtsparteien 57%, bei der FDP 53%, bei den Grünen 51%, bei der SP 46% und bei der EVP 44%.

Gemeinde	Stimmenanteil 2010 in %	Veränderung Stimmenanteil (%-Punkte, gegenüber 2006)	Veränderung „fiktive“ Wähler (absolut, gegenüber 2006)	Veränderung „fiktive“ Wähler (in Prozent der Wähler 2006)
Muri	7.8	-4.30	-151	-35
Spiez	9.0	-5.60	-154	-35
Lyss	4.6	-2.90	-28	-19
Worb	10.2	-1.50	-15	-5
Münsingen	18.1	-0.90	-42	-8
Ittigen	9.1	-4.10	-81	-29
Zollikofen	9.4	-0.50	0	0
Münchenbuchsee	10.0	-1.80	-19	-8
Belp	8.2	-1.90	-16	-8
Wohlen	14.0	-4.60	-67	-16
Langnau	7.5	0.80	34	25
Moutier	4.9	0.60	4	5
Nidau	11.9	-3.30	-34	-20
Herzogenbuchsee	5.8	-1.60	2	3
Wahlern	7.4	-1.40	-12	-9
Bolligen	9.0	-2.30	-36	-17
Unterseen	8.2	-5.00	-49	-33
Interlaken	8.9	-4.30	-75	-51

Fact ist: Ganz offensichtlich haben wir Grünen die Notwendigkeit zur umfassenden Mobilisierung unserer potentiellen Wählerschaft teils unterschätzt und vernachlässigt. Die **Grünen gewinnen heute ohne effektive Wahlkampagne keine Wahlen (mehr)**. Was heisst Mobilisierung bzw. fehlende Mobilisierung? In erster Linie sind damit direkte Kontakte bei Aktionen (Unterschriftensammlungen, Lösli verteilen etc.) und Werbung über Inserate und Plakate gemeint. Sehr wirksam und von uns Grünen viel zu wenig genutzt sind die Leserinnen- und Leserbriefe in Printmedien. Mobilisierung heisst aber auch die Beteiligung der Kandidatinnen und Kandidaten an Kampagneaktivitäten. An den Diskussionen im **interaktiven Wahlbistro** beteiligten sich von allen 169 grünen Grossratskandidatinnen und -kandidaten gerade einmal sieben Personen. Auf der **Plattform Politnetz** waren insgesamt 34 grüne Kandidatinnen und Kandidaten (d.h. 20%) registriert. Optimierungsbedarf gibt es auch bei **Smartvote**, wo 15% unserer Kandidat/innen nicht registriert waren. Angesichts der massiv steigenden Bedeutung dieser Plattformen sind diese Lücken nicht zu unterschätzen. Es ist uns Grünen 2010 zu wenig gelungen, neben den Aktivitäten für die Regierungsratswahlen die Notwendigkeit einer maximalen Mobilisierung für die Grossratswahlen herauszustreichen.

Aufgrund der nur beschränkt verfügbaren Panaschierbilanzen lassen sich zu den Auswirkungen der Konkurrenzierung durch die GLP vorerst nur wenige Aussagen machen. Festzustellen ist, dass sich diese je nach Gemeinde sehr unterschiedlich ausgewirkt hat. Wie die folgenden Abbildungen aufzeigen, sind die SP und die Grünen in Biel mit Abstand die grössten Stimmenlieferanten der GLP. Bemerkenswert ist, dass die Grünen fast dreimal mehr Stimmen an die GLP abgeliefert haben als die FDP. SP und Grüne haben an der Konkurrenzierung durch die GLP in Biel weit mehr Schaden genommen als die bürgerlichen Parteien.

Abbildung: Herkunft der Parteien zuordenbaren Panaschierstimmen an die GLP**Langenthal****Thun****Bern****Biel**

In anderen Gemeinden bestätigt sich das Bieler Bild jedoch nicht, zumindest nicht durchwegs. In Langenthal ist es die FDP, welche der GLP mit Abstand am meisten Stimmen zugestehen musste; in Thun haben die SP, die BDP, die Grünen und die FDP in dieser Reihenfolge am meisten Stimmen an die GLP abgegeben (siehe die folgenden Abbildungen). Es ist darauf hinzuweisen, dass die Grünen in allen untersuchten Gemeinden mehr Panaschierstimmen von der GLP erhalten haben als umgekehrt (was primär mit der Grösse der Parteien zu erklären ist).

Diskutiert werden muss schliesslich auch die Listengestaltung. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Grünen bei Wahlen auch in der Repräsentanz nach aussen – **Listengestaltung, Plakatgestaltung, Wahlzeitungsgestaltung** – ihr frisches und junges Image erhalten können, verfügen die Grünen doch weiterhin über eine junge Wählerschaft.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass die Listenverbindungskonstellationen die Verluste von uns Grünen begünstigt haben. Im Wahlkreis Thun ist der Stimmenanteil von 3,6% der GLP wirkungslos verpufft. In einer Unterlistenverbindung mit den Grünen hätte damit ein zusätzliches grünes Mandat gesichert werden können. Im Oberland hat die Listenverbindung GLP/BDP den dritten Sitz der BDP gesichert; auch hier wäre bei einer anderen Listenverbindungskonstellation mehr grünes Potential brach gelegen. Im Oberaargau sicherte die Listenverbindung FDP/GLP zwei FDP-Mandate – eines davon hätte bei einer anderen Listenverbindungskonstellation bei den Grünen landen können. Funktional kann man daher festhalten, dass die Listenverbindungspolitik der GLP nicht grüne, sondern freisinnige oder bürgerlich-demokratische Positionen gestärkt hat.

3. Ausblick

Vor uns steht eine Schlüssellegislatur in energiepolitischer Hinsicht. Falls SVP und Hauseigentümerverband tatsächlich das **Referendum gegen das kantonale Energiegesetz** ergreifen, dürfte es am 28. November (oder spätestens am 3. Februar 2011) zur Abstimmung über das Energiegesetz kommen.

Voraussichtlich am 3. Februar 2011 (oder spätestens am 15. Mai 2011) kommt es zur **Konsultativabstimmung über die Vernehmlassung des Kantons Bern zu einem allfälligen AKW-Neubau in Mühleberg**. Diese Abstimmung hat zwar nur konsultativen Charakter. Es ist jedoch eine Abstimmung, die auch für die gesamtschweizerische Atomdebatte von wegweisender Bedeutung sein wird.

Die **Abstimmung über unsere Initiative Bern erneuerbar** wird voraussichtlich Ende 2011 stattfinden. Falls die vorberatende Grossratskommission in der Septembersession 2010 gebildet wird, kann der Grosse Rat in der Januarsession 2011 über die Initiative befinden. Eine Abstimmung wäre dann auch noch am 15. Mai 2011 möglich; dies würde jedoch ein sehr rasches Vorgehen bedingen. Die Initiative würde in diesem Fall wohl gleichzeitig zur Abstimmung gelangen wie die Konsultativabstimmung über den allfälligen AKW-Neubau in Mühleberg; diese hätte Vor- und Nachteile. Andernfalls ist eine Abstimmung erst am 27. November 2011 und damit nach den Nationalratswahlen möglich.

Bei den drei erwähnten anstehenden Volksabstimmungen geht es ausnahmslos um grüne Kernanliegen. Uns Grünen wird in diesen Themen die grösste Glaubwürdigkeit und Kompetenz zugestanden. Die übergeordnete politische Agenda spielt uns also in den nächsten Jahren einige Steilpässe zu. Es ist jedoch an uns, die Chancen auch zu nutzen!



Bereits vorher, am 26. September 2010, kommt es zur **Abstimmung über die Initiative zur Einführung des Ausländerstimmrechts**. Ende April soll die **Initiative für faire Steuern** (Korrektur Steuergesetzrevision des Grossen Rates sowie Abschaffung Pauschalbesteuerung) lanciert werden. Die Unterschriftensammlung ist damit bis Ende Oktober möglich; die Initiative muss Ende November eingereicht werden. Zentral ist, dass die Abstimmung über die Initiative 2011 – d.h. spätestens am 27. November 2011 – stattfinden kann, damit das Inkrafttreten per 1.1.2012 möglich ist. Um dies zu garantieren, sollte der Grosse Rat in der Junisession 2011 seinen Beschluss zur Initiative fällen. Dies bedingt, dass die Kommission in der Januarsession 2011 gebildet werden kann. In anderen Worten: Wir müssen schauen, die Sammelfrist zu unterschreiten und die Initiative möglichst nach den Sommerferien einreichen zu können.⁵

Um die Chancen der politischen Agenda auch nutzen zu können, braucht es ein gemeinsames Kampagnekonzept, welches breit mitgetragen und an der Basis umgesetzt wird. Wir müssen uns zum Ziel setzen, in den Gemeinden mit Grünen Ortsparteien eine hohe Präsenz (mit Veranstaltungen, Strassen-

⁵ Es handelt sich hier um keine abschliessende Aufzählung der politischen Prioritäten der Grünen, sondern der auf kantonaler Ebene anstehenden Abstimmungen. Auf eidgenössischer Ebene kommen weitere Themen wie z.B. die Landschaftsinitiative auf uns zu, welche ebenfalls unser Engagement erfordern werden.

aktionen, Leser/innen-Briefen etc.) zu generieren. Es ist eine der Hauptaufgaben der Kantonalpartei, diese Aktivitäten sauber aufzugleisen und zu vermitteln. Um diese Chance zu nutzen, ist es unabdingbar, dass wir uns nicht in personellen Streitigkeiten verzetteln, sondern die Grünen alle gemeinsam als *die* energiepolitische Vertrauenspartei positionieren.

4. Zusammenfassung

- Das Resultat bei den Regierungsratswahlen ist ein grosser und alles andere als selbstverständlicher Erfolg.
- Das Resultat bei den Grossratswahlen ist enttäuschend und liegt klar unter unseren berechtigten Erwartungen. Es ist jedoch – trotz aller Enttäuschung – das zweitbeste Ergebnis der Grünen bei Grossratswahlen während der letzten zwanzig Jahre.
- Eine der Hauptursachen für den Wahlausgang war die exzellente Mobilisierung durch SVP und BDP, welche durch die Showdown-Stimmung in den Medien begünstigt wurde. Hier vermochten wir in keiner Art und Weise mitzuhalten.
- Umgekehrt hat unsere Mobilisierungsschwäche zu den Verlusten ebenso beigetragen. Zentral ist die Erkenntnis, dass es für uns Grüne keinen Wahlerfolg ohne hartes Engagement an der Basis und auf der Strasse mehr gibt. Wenn wir Wahlerfolg haben wollen, müssen wir deutlich mehr in die Mobilisierung investieren.
- Gründe für eine inhaltliche Neuausrichtung der Grünen bestehen nicht. Die Grünen Kanton Bern waren in den letzten vier Jahren mit ihrem Themen-Mix (Initiative Bern erneuerbar, Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass) inhaltlich gut positioniert.
- Vor uns steht eine Schlüssellegislatur in energiepolitischer Hinsicht (Abstimmungen über kantonales Energiegesetz, AKW-Neubau in Mühleberg sowie unsere Initiative *Bern erneuerbar*). Das sind ausnahmslos grüne Themen. Es ist an uns, diese Chance zu nutzen.
- Im Hinblick auf diese Abstimmungen gilt es, die Orts- und Regionalparteien auf diese Auseinandersetzungen zu wappnen und eine hohe Präsenz der Grünen im Rahmen der Abstimmungskämpfe zu ermöglichen.
- Wenn wir Grüne die Chancen des politischen Agendasettings der nächsten 24 Monate zu nutzen vermögen, dann könnten sich die Wahlen 2010 als ideales Sprungbrett für neue Erfolge bei den Nationalratswahlen 2011 und später erweisen.

5. Pendenzen aus der Diskussion im Vorstand

- Strassenrandsplakate in den ländlichen Regionen frühzeitig planen bzw. die Regionen und Ortsparteien frühzeitig dazu herausfordern.
- In gewissen Regionen/Wahlkreisen mangelte es in erheblicher Art und Weise an finanziellen Mitteln für die Grossratswahlkampagne (z.B. Emmental). Hier braucht es ev. gezielte Unterstützung.
- Netzwerk oder Pool für Leserinnen- und Leserbriefe schaffen. Z.B. Bausteine liefern, oder Leserbriefbörse (Leute, die rasch formulieren und Leute die Leserbriefe einreichen, Sekretariat macht die Vermittlung).
- Mobilisierungsaktivitäten am Schluss der Wahlkampagne intensivieren (in der Art und Weise wie bei 4-gewinnt mit dem Mobilisierungsmail am Schluss).
- Auf den Wahlzeitungen auch den Einsatz von thematischen Bildern prüfen (nicht nur Köpfe).